

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/171

Bad Godesberg, den 7. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Gesamtdeutsche Solidarität</u> Zum Tag der Heimat 1967 Von Dr. Herbert Eupke	70
3	<u>Der Tod im Bundeshaus</u> Von H.G. Ritzel	48
4	<u>Mehr Klagen vor den Arbeitsgerichten</u> Von Klaus Rusticus, Hannover	46
5 - 6	<u>Gaullistische Götterdämmerung</u> Alte und neue Kräfte Von unserem Pariser Korrespondenten, Georg Scheuer	70

\* \* \*

Gesamtdeutsche Solidarität

Zum Tag der Heimat 1967

Von Dr. Herbert Hupka

- \* "Wir Sozialdemokraten überall in der Welt lehnen es \*  
\* ab, daß neues Unrecht mit früherem begründet wird." \*

Bruno Kreisky, Vorsitzender der SPÖ

Mit dem "Tag der Heimat", zu dem der Bund der Vertriebenen alljährlich am zweiten Septembersonntag aufruft, verhält es sich kaum besser als mit dem "Tag der deutschen Einheit" am 17. Juni. Die Offiziellen und die unmittelbar von Teilung und Vertreibung Betroffenen finden sich zu den Kundgebungen ein. Die Mehrheit in unserem Volk nimmt kaum Anteil, sie registriert nur am folgenden Tag die Meldungen über die Veranstaltungen. Es fehlt in unserem Volk an der gesamtdeutschen Solidarität. Wir leben nebeneinander. Wir haben es bis heute noch nicht erreicht, daß wir alle gemeinsam die Folgen der Teilung unseres Vaterlandes tragen und zu überwinden versuchen.

Darunter leidet unsere Politik. Der viel zitierte Satz aus der Präambel des Grundgesetzes: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" ist ein Postulat, das sich an jeden von uns richtet, ohne daß sich jedermann davon betroffen fühlt. Darum hat es leicht den Eindruck, als zerfiele unsere Politik für ganz Deutschland in jeweilige Interessensphären: Politik für Berlin, Politik für Mitteldeutschland, Politik für Ostdeutschland, Politik für die Sudetendeutschen und so fort. Andererseits meint mancher, daß die Sprecher für Berlin oder die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland, für die Vertriebenen aus Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten nur für sich selbst das Wort nehmen. Um sich der Unruhe zu erwehren, die von den an Teilung und Vertreibung leidenden Mitbürgern ausgeht, einer "heilsamen Unruhe", wie Jakob Kaiser einmal gesagt hat, ist der eine oder andere schnell mit Etikettierungen zur Hand: die ewig Gestrigen, Wiedervereinigungsfunktionäre, Nationalisten, Sonntagredner, Revanchisten. Derlei Klassifizierungen stimmen nicht, sie reißen auch immer tiefere Kluften in unserem Volk auf.

Darum ist auch diesem "Tag der Heimat", wenn er auf die rechte Weise begangen wird, aufgetragen, uns miteinander besser vertraut und bekannt zu machen, uns gegenseitig verstehen zu lernen. Dazu gehört auch, daß wir begreifen, was der evangelische Schriftsteller und Träger des

Berliner Fontane-Preises, Kurt Ihlenfeld, mit dem Satz ausgedrückt hat: "Noch spricht das Land". Die Menschen konnten zwar aus ihrer Heimat vertrieben werden, aber die Heimat wirkt weiter.

Gilt das auch noch für die Generation, die hier in der westdeutschen Bundesrepublik groß geworden ist? Die letzten großen Treffen der Schlesier und Sudetendeutschen in München haben jedenfalls gezeigt, daß die junge Generation keineswegs ausgeblieben ist. Vielleicht fühlt sie sich mehr durch die elterlichen Bindungen als durch das unmittelbare Heimat-erlebnis verpflichtet. Wenn die Landsmannschaften und Landesverbände der Vertriebenen nicht nur Hüter der Vergangenheit bleiben wollen, wenn sie sich vorgenommen haben, das Erbe zu tradieren und das, was Heimat heißt, in die Politik einzubringen, müssen sie einerseits die Beziehung zwischen der ostdeutschen Heimat und dem gegenwärtigen politischen Koordinatensystem herstellen, andererseits Heimat als Ausdruck demokratischer Betätigung in den Alltag einbeziehen. Das heißt: Ostdeutschland kann nicht isoliert betrachtet werden, so als könne man dort wieder beginnen, wo man 1945 hat aufhören müssen, sondern es muß in Zusammenhang der Deutschland- und Friedenspolitik gesehen werden. Gerade die Mitbürger aus Ostdeutschland und dem Osten und Südosten Europas bringen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus vielhundertjähriger Nachbarschaft in unsere Ostpolitik mit ein. Das heißt zugleich: Heimat ist immer nur zu verstehen als Heimat in Freiheit, was zur Voraussetzung hat, daß die Freiheit im freien Teil Deutschlands nicht verspielt wird. Ohne das demokratische Engagement hier kann es keine Einheit in Freiheit für ganz Deutschland geben.

Wäre aber nicht trotzdem Ruhe die erste Bürgerpflicht, wäre nicht das Ja zu dem, was jetzt ist, das Richtige? Die Frage muß schon deswegen verneint werden, weil niemand gezwungen werden kann (und auch freiwillig wäre niemand dazu bereit), Unrecht hinzunehmen. Niemand wird die geschichtlichen Zusammenhänge leugnen, aber neues Unrecht kann durch altes Unrecht nicht entschuldigt werden. Auch wenn die Vertriebenen und mit ihnen alle politischen Kräfte in unserem Land wissen, daß es nicht mehr so werden kann, wie es einmal war, geht doch ihr nur zu verständliches Streben dahin, daß es so nicht bleiben darf, wie es jetzt ist. In seinen "Gedanken zur Ostpolitik" hat es Wenzel Jaksch so formuliert: "friedlicher Revisionismus gegen offenkundige Unrechtstatbestände ist daher der Wertmesser einer lebendigen Demokratie." Miteinander im eigenen Volk darüber zu reden, füreinander Verständnis aufzubringen, zu gesamtdeutschen Solidarität zu finden, ist Inhalt des "Tages der Heimat".

## Der Tod im Bundeshaus

Von H.G. Ritzel

Im Ersten Deutschen Bundestag starben 28 Abgeordnete, im Zweiten Deutschen Bundestag 18, im Dritten 22, im Vierten 35 und im Fünften bis jetzt 11 Abgeordnete, zusammen 114 Mitglieder des Parlaments. Dieser Zoll an dem Tod ist ein unverhältnismäßig hoher. Die Ursachen des Parlamentariersterbens sind natürlich vielfältig. Nach meinem unfallbedingten Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag habe ich in meiner Schrift "Einer von fünfhundertachtzehn" die Gründe genannt, ich darf daraus zitieren:

- \* "Die Aufgaben, die dem Deutschen Bundestag als erstem Parlament der Bundesrepublik nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes und der Zerrüttung Deutschlands gestellt waren und noch sind, sind so gewaltig, daß ein Einsatz erforderlich ist, der für den Abgeordneten kaum ein Wochenende, keine eigentlichen Ferien, keine wirklichen freien Abende und kaum ein Familienleben ermöglicht. Ein endloser Strom von Besuchern, eine nie abbreißende Korrespondenz, die ständige Belastung durch das Telefon, die täglichen Sitzungen, wobei Ausschusssitzungen mit konzentrierter Arbeit und völliger Hingabe weit mehr belasten als Plenarsitzungen, aber auch die Plenarsitzungen mit einer entweder monotonen Geschäftigkeit und ständiger Aufmerksamkeit bei zahllosen Abstimmungen oder an sogenannten großen Tagen mit erregender Spannung und mit Explosivstoff gefüllten Momenten - das sind Faktoren, die einen frühen Verschleiß bester Kraft und den Verlust wertvoller Menschen verursachen."

Ergänzend muß festgestellt werden, daß nicht selten Verkehrsunfälle bei den ständig auf Achse befindlichen Abgeordneten entweder zu schweren Verletzungen und langwierigen Krankheiten, nicht selten zum Tode oder direkt zum Tode als Unfallfolge führen. Anders als in früheren Jahrzehnten ist es heute doch allgemein üblich, daß der Abgeordnete stets und ständig unterwegs sein muß. Er fährt seinen eigenen Wagen, er kann sich keinen Chauffeur leisten und er hetzt auch außerhalb von Wahlzeiten von Versammlung zu Versammlung, von Konferenz zu Konferenz und ist oft bis spät in die Nacht hinein unterwegs. Daß dabei Opfer fällig werden, ist an sich kein Wunder. In den letzten zehn Jahren starben 68 Abgeordnete. Darunter 35 Angehörige der CDU/CSU-Fraktion, 27 Sozialdemokraten und 6 Mitglieder der FDP-Fraktion. Von den 11 Toten des 5. Deutschen Bundestages zählten 6 zur CDU/CSU-Fraktion, 4 zur SPD-Fraktion und einer zur FDP-Fraktion. Darunter befanden sich so hervorragende Persönlichkeiten wie Dr. Jacksch (SPD), Fritz Erler (SPD), Dr. Adenauer (CDU), Frau Dr. Probst (CDU), Dr. Dehler (FDP). Aber auch die Stillen im Lande, von denen man nicht sehr viel öffentlich spricht bringen ihre Opfer. Ich möchte hier stellvertretend für viele einen von mir sehr geschätzten Angehörigen der CDU/CSU-Fraktion nennen, den Abgeordneten Mangelkamp, der vor kurzem nach überstandener schwerer Krankheit überraschend starb. Mangelkamp war einer der Stillen im Lande, aber war er, besonders im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, an wertvoller Arbeit geleistet hat, war keine Kleinigkeit, sondern eine echte Hingabe und ein wirkliches Opfer an Kraft und Gesundheit. Unser Volk sieht außerhalb des Parlaments den scheinbaren Glanz des Abgeordnetendaseins. Es würde den Abgeordneten besser gerecht, wenn es auch die Belastung, die Gefahr und das Opfer mehr sehen würde, als es der Fall ist.

## Mehr Klagen vor den Arbeitsgerichten

Von Klaus Rusticus, Hannover

Gewiß zwang sich in vielen westdeutschen Unternehmen die Anpassung des Personalstandes an die Konjunkturlage auf, aber wie das geschah, wird nunmehr gern verniedlicht. Allein die Tatsache, daß sich die Zahl der Klagen vor den Arbeitsgerichten in Niedersachsen in einem Jahr um nahezu 25 Prozent erhöht hat, gibt zur Besorgnis Anlaß. In Bundesländern mit einem größeren, von den letzten Konjunkturschwankungen mehr betroffenen Industriepotential, wie z.B. in Nordrhein-Westfalen, dürften ähnliche Ermittlungen noch negativer ausfallen.

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1966 nahmen die Arbeitsgerichtsklagen in Niedersachsen im gleichen Zeitraum 1967 um 1 632 auf insgesamt 8 221 Fälle zu, während die Zahl der Berufungen vor dem Landesarbeitsgericht in der Vergleichszeit von 290 auf 358 anstieg (= 23 Prozent). Nicht dabei erfaßt sind die Streitfälle, die außergerichtlich - in der Regel durch gewerkschaftlichen Beistand - eine Klärung erfahren. Das niedersächsische Sozialministerium trug dieser höchst bedenklichen Entwicklung bereits durch Einrichtung zusätzlicher Kammern beim Landesarbeitsgericht und den Arbeitsgerichten Hannover und Göttingen Rechnung.

Mit Ausnahme des Bergbaues, der Stahlindustrie und der metallverarbeitenden Industrie ist die Summe der bisherigen Entlassungen wirklich nicht alarmierend, doch was manche Unternehmer unter einer Anpassung an die zu erwartenden konjunkturellen Gegebenheiten verstehen, ist nichts anderes als ein "Gesundshrumpfen" auf Kosten oft langjähriger, erfahrener Mitarbeiter.

Besonders eklatante Beispiele liefert hierfür ein heute gar nicht mehr zählbarer Teil wirklichkeitsfremder Verleger, die kommerziell oft wohlüberlegte Zeitungsfusionen mit dem geflügelten Wort "Rationalisierung" vertuschen und nicht nur freigestellte Journalisten zur Berufsaufgabe zwingen, sondern noch dazu bei der personellen Auswahl das jüngere Alter eines Mitarbeiters vor die Qualifikation eines älteren, erfahreneren Journalisten stellen. Der "Preis" für den Jüngeren beeinflusst oft rigoros die Personalplanungen, aber das ist schließlich ein Kapitel für sich, dessen genaue Untersuchung sich im Interesse eines qualifizierten Journalismus aufzwingt.

Diese Tendenz zeichnet sich aber auch für andere Wirtschaftsbereiche ab. Soweit es sich um Mitbestimmungsbetriebe handelt, obliegt es heute den Arbeitnehmervertretern, von ihrem Recht auf Mitwirkung in der Personalpolitik mehr denn je Gebrauch zu machen. Die außerhalb dieses Bereiches liegenden Fälle wird man aber heute nicht mehr alle erfassen können. Sie dürften im Vergleich zu den Firmen, in denen die unternehmerische Fürsorge auch heute noch etwas gilt, wohl eine Minderheit darstellen, aber diese steckt an. Oft genügen heute Kleinigkeiten, um einen unliebsamen Arbeitnehmer auf die Straße zu setzen.

Unternehmer, die es angeht, sind aufgerufen, nicht den Bogen zu überspannen. Wer das nicht respektiert, gefährdet den Arbeitsfrieden und beschwört alte Probleme neu herauf, die zum guten Teil schon als gelöst galten.

## Gaullistische Götterdämmerung

### Alte und neue Kräfte

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die konservativen Kräfte, die bis jetzt mit dem Gaullismus paktierten, rücken jetzt schrittweise ab und halten Ausschau nach regierungsfähigen Nachfolgern. Das ist der Sinn der Revolte Giscard d'Estaings gegen den Herrn des Elysée. Die Stellungswechsel des Chefs der "Unabhängigen Republikaner" führt zu wichtigen Verschiebungen in der innenpolitischen Arena Frankreichs.

Die Reaktion der Oppositionsparteien gibt jetzt bereits eine Vorstellung von der französischen Politik nach de Gaulle. Als Gegenspieler de Gaulles und als Kandidaten für die Nachfolge galten bis jetzt nur Linksdemokraten (Mitterrand, Mollet), Christdemokraten (Lecanuets "Centre Démocrate") und Kommunisten. Es sind dies die drei Parteien, die im Zeichen des "Tripartisme" an der Wiege der 4. Republik standen (MRP, SFIO, KPF), damals noch unter dem Vorsitz von General de Gaulle.

In der Präsidentenwahl im Dezember 1965 erreichten diese Kräfte "fast" die Hälfte der französischen Wähler. Mitterrand erhielt 45 Prozent der abgegebenen Stimmen, die hauptsächlich von Linksdemokraten und Sozialdemokraten aller Schattierungen, von Kommunisten und von einem Teil der Lecanuet-Wähler stammten, während ein kleinerer Teil von Kommunisten und Christdemokraten in der Stichwahl noch einmal für de Gaulle stimmte. Auf diese Weise konnte der General noch einmal mit knapper Mühe wieder den Sieg davon tragen.

Die Parlamentswahlen im März 1967 akzentuierten dieses Kräfteverhältnis noch weiter zugunsten der Opposition, so daß man von einer halben Wahlschlappe der Gaullisten sprechen konnte. Offensichtlich reichen die Stimmen der Links- und Mittelparteien nicht aus, um den Gaullismus schachmatt zu setzen.

### Von der Vierten...

Der "Tripartisme" starb mit dem Kalten Krieg 1947. Die KPF schied aus der Regierungskoalition aus. SFIO und MRP waren noch in den meisten Regierungen der 4. Republik vertreten. Mit Beendigung des Kalten Krieges auf europäischer Ebene ist die KPF - die ihre Stärke in der französischen Wählerschaft mit 20 bis 25 Prozent unverändert aufrechterhalten konnte - jetzt wieder salonfähig geworden. Das wird von den Gaullisten

ebenso wie von der demokratischen Opposition anerkannt.

Dennoch ist an eine Neuauflage des "Tripartisme" nicht zu denken. Die MRP ist von der Bildfläche verschwunden. Lecanuets "Centre Démocrate" umfaßt nur einen Bruchteil der früheren "Volksrepublikaner". Selbst wenn die Lecanuetisten geschlossen mit Sozialisten und Kommunisten für einen gemeinsamen Kandidaten eintreten wollten, ergäbe das noch keine absolute Mehrheit. Hinzu kommt, daß nur ungefähr die Hälfte der CD-Wähler bereit ist, in einer Stichwahl für den Linksdemokraten zu stimmen, wenn dieser auch von kommunistischer Seite unterstützt wird. Mit anderen Worten, die "Kommunistenangst" ist in den französischen Mittelschichten abgeflaut, aber nicht verschwunden. Ohne diese Mittelschichten können die Linksparteien aber nicht zum Zug kommen. So muß Mitterrand zwischen der äußersten Linken und der gemäßigten Mitte mit größter Vorsicht operieren; er braucht sie beide. Die Spielregeln der französischen Wahlarithmetik folgen Gesetzen, die kein Politiker ignorieren kann.

#### ... zur Sechsten Republik

Dieses ganze Tauziehen zwischen den früheren Partnern des "Tripartisme" könnte eine jähe Wendung erfahren, wenn die "Giscardisten" aus dem gaullistischen Regierungslager ausbrechen und bei bestimmten Gelegenheiten zur Opposition übergehen. - Die Reaktionen der Links- und Mittelparteien auf Giscard's Stellungnahme sind aufschlußreich. Während Mallet, Mitterrand und Lecanuet die Erklärungen des früheren Finanzministers begrüßen und ihn drängen, von Worten zu Taten überzugehen, verfolgt die KPF diese neueste Entwicklung mit Unbehagen.

Linksdemokraten und Christdemokraten wären unter Umständen bereit, Giscard als Gegenspieler de Gaulles zu unterstützen. Die KPF hingegen richtet ihre Innenpolitik weiterhin nach außenpolitischen Überlegungen. Da Giscard wesentliche Aspekte der gaullistischen Außenpolitik ablehnt - gerade die Punkte, die von der KPF rückhaltlos unterstützt werden - könnte man es demnächst erleben, daß die KPF-Abgeordneten nach gewissen Parlamentsdebatten für die gaullistische Regierung stimmen oder sich der Stimme enthalten, während die demokratische Opposition aller Schattierungen von Mitterrand bis Giscard d'Estaing gemeinsam vorgeht. Damit erhält Frankreichs parlamentarische Demokratie neue Chancen für die letzten Jahre de Gaulles und für die Zeit nachher. Die unvermeidliche "Sechste Republik" könnte somit links- oder rechtsradikale Abenteuer vermeiden und im Zeichen einer lebensfähigen politischen Koalition zu einer Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie führen.